

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Nr. 1

Donnerstag, den 2. Januar 1919

36. Jahrgang.

### Zweckverband der süddeutschen Staaten.

In einer Aussprache der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die am 27. und 28. Dezember 1918 in Stuttgart stattgefunden hat, ist einmütig beschlossen worden, künftig gemeinsam hinzuwirken auf

1. Neuerrichtung des Deutschen Reichs auf bundesstaatlicher Grundlage;
2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nation-VERSAMMLUNG;
3. Schnellige Verwirklichung des Friedens für das Deutsche Reich.

Die Regierungen der vier Staaten in Süddeutschland stehen auf dem von der Revolution geschaffenen Boden. Sie sind entschlossen, die politischen und sozialen Ziele der großen Umwälzung mit aller Kraft weiter zu verfolgen und Störungen jeder Art mit Entschiedenheit abzuwehren.

Die Verhältnisse in Berlin bedeuten nicht allein eine solche Störung und eine Gefährdung der neuen Einrichtungen, sie bedrohen auch die Einheit des Deutschen Reichs. Die deutsche Einheit vor jeder Erschütterung zu bewahren, wird aber von den vier Landesregierungen als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, und darum haben sie zu gemeinsamen Handeln sich vereinigt. Sie lehnen ausdrücklich jede Sonderhandlung ab und halten am Reich in seiner bundesstaatlichen Gestalt fest. Damit bewahren sie alle Gänge in Deutschland vor dem immer deutlicher erkennbaren Nachteilen einer ausschließlichen Zentralverwaltung, die unsere Landesregierungen zu untergeordneten Provinzialbehörden herabdrücken würde. In den letzten Wochen vermochten die Regierungen der Einzelstaaten keinerlei Einfluß auf die Geschicke der Reichsleitung mehr auszuüben. Demgegenüber muß an dem bisherigen Mitbestimmungsrecht festgehalten und dessen Ausübung durch ein bundesstaatliches Organ in Gesetzgebung und Verwaltung verlangt werden. Nur mit Hilfe dieses bundesstaatlichen Organs ist es möglich, die volle Handlungsfähigkeit der Reichsleitung wiederherzustellen und die Arbeiten der kommenden Nationalversammlung zu einem guten Ergebnis zu bringen.

### Ein Deutscher

Von Otto Kappas.

Reichardt schritt wortlos neben dem Amerikaner her, ohne den Begegnenden Beachtung zu schenken, und irrtung endlich mit einem Gefühl der Erleichterung die Türe nach dem Hotel hinauf, wo der Wirt auf sie wartet. Reichardt streckte ihm die Hand entgegen. „Ich habe Ihnen noch nicht für Ihre gestrige Hilfe danken können“, sagte er; „jetzt schaffen Sie mir etwas zu essen an, denn ich bin seit gestern mittag noch ohne einen Bissen.“

Eine Stunde später bestieg er schon die Postkutsche. Burton hatte sich jedes weiteren Abschiede entzogen, und so war es nur der Handdruck des Hotelbesizers, der Reichardt nach dem Wagen geleitete. „Halten Sie sich in Rashville nur so lange als durchaus notwendig auf“, flüsterte ihm jener nach beim Einsteigen ins Ohr, „ebenfalls wird die Nachricht von dem Geschehenen samt Ihrem Signalement zugleich mit Ihnen dort ankommen.“ Reichardt nickte nur und drückte sich in eine unbefestete Ecke; er war nicht bange, sich zum zweiten Male durch sein Vertrauen auf die Gesetze des Landes in Gefahr zu bringen; aber ein Ekel vor den Zuständen dieses gepriesenen Südens überkam ihn.

Der Postwagen hielt endlich vor dem City-Hotel in Rashville; Reichardts Gepäck ward abgeladen, und als er sich in dem nur mehr reduzierten Gaßzimmer allein sah, überkam ihn ein Gefühl des Alleinlebens, wie er es in diesem Maße noch nicht gekannt. Mit Macht suchte er aber die entnervende Einwirkung zu unterdrücken und machte sich, um die Zeit bis zum Abendbrot zu verbringen, an das Studium der Dampfschiff-Anzeiger, die in mächtigen Zetteln an den Wänden des Zimmers aufgehängt waren. Noch mußte er nicht wohnen, und seine Aufmerksamkeit richtete sich auch weniger auf den Be-

Die Reichsleitung muß vollkommen dezent werden von allen örtlichen Einflüssen, die in jedem Fall eine Schädigung der Rechte aller übrigen Deutschen darstellen. Nur eine Reichsleitung, deren volle Handlungsfähigkeit auch die Gegner anerkennen, wird einen Frieden zu erlangen vermögen, wie das deutsche Volk ihn braucht.

Zum Bezug der Lebensmittel und Rohstoffe wollen die süddeutschen Regierungen gemeinsam vorgehen und sie verlangen, daß ihnen Gelegenheit gegeben wird, an den bevorstehenden Verhandlungen mit Amerika von Anfang an durch eine gemeinschaftliche Vertretung innerhalb der des Reichs teilzunehmen und durch ihre eigenen Einrichtungen an der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und so weiter, sobald eine solche möglich wird, nach noch zu treffender Vereinbarung unmittelbar beteiligt zu werden. Sie erklären, daß die Vorgänge im Ruhrkohlengebiet die schwersten Bedingungen für die Nahrungsvorsorgung und damit die Weiterführung des Wirtschaftslebens Süddeutschlands bei ihren Regierungen erwecken. Sie halten es daher für eine unerlässliche Pflicht der Reichs- und der vereinigten Staatsregierung dort alsbald für Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen, und erlauben die Reichsregierung, über die ergriffenen Maßnahmen die süddeutschen Regierungen sofort zu unterrichten.

### Die Steuerpläne der Regierung.

Die Regierung hat im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamts beschlossen:

1. Zunächst sollen die Kriegsgewinne eingezogen werden und zwar in der Form 1) einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch die durch Gesetz vom 26. Juni 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt und die Erhebung der Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften für das 5. Kriegsgeschäftsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits die Bildung einer Kriegssteuerrücklage in Höhe von 80 Prozent des Mehrgewinn (gegenüber bisher 60 Prozent) vorgeschrieben worden ist; 2) einer außerordentlichen Abgabe vom Vermögenszuwachs, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermehrung der-

gestalt erfasst werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge wieder im vollen Umfang wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 gezahlte Steuer wird angerechnet.

2. Von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in starker Progression ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht übersteigen, Familienstand, Alter und Erwerbsfähigkeit der Steuerpflicht berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Schichttag abgestellt werden. Um jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Zufälligkeiten auszugleichen, insbesondere auch das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Einkommensteuer erfolgen.

3. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem eine Reichseinkommensteuer mit weitergeführter Progression mindestens für diese Einkommensteuerstufen eingeführt wird.

4. Die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweiterterem Umfang der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Eine Kapitalertragsteuer soll die Erträge des Kapitals (Coupons, Dividenden, Anwartschaften usw.), eine Betriebsertragsteuer die einen gewissen Mindestbetrag übersteigenden Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen.

5. Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stärker erhoben werden. Sie soll auf Waisenkinder und Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabesatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage der Erben berücksichtigt werden.

6. Eine besondere Abgabeordnung soll dafür sorgen, daß die zu erlassenden Gesetze auch wirksam, gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neuübende Steuermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden.

namungsort der Boote als auf den Preis der Verdrängung — mehr als für Zwischendes konnte er nirgends bezahlen, trotz der unansehnlichen Gesellschaft, die er dort zu erwarten hatte, und er wollte er eben über sein nächstes Ziel mit sich selbst gehen, als sein Auge auf einen kleineren Kettel fiel und dort wie gebannt stehen blieb. „Parbur-Opera! Scenes from all the Italian Operas“, bildete die ersten hervorstechenden Reisen; das war es aber nicht, was seinen Blick fesselte — gleich darunter präsentierte sich: „Mistilda Meyer, the great Prima-Donna“, an der Spitze der übrigen Künstlerinnen. Konnte es denn wohl zwei Wachen im Heer geben? Wenn Reichardt sich das verminderte Konzert in New York, nach dem das Mädchen verschwand war, vergegenwärtigte; wenn er daran dachte, daß es damals noch von einem andern Anerbieten gesprochen, das sie nur ausgeschlagen, weil es Reichardts Wünschen nicht entsprach, so zweifelte er keinen Augenblick, daß er hier auf die Spur der verlorenen „Schwester“ getroffen. Sein Auge wachte hastig das Datum der angehängten letzten Vorstellung — es war bereits fünf Tage alt, und das Gefühl freudiger Ueberraschung machte einen unangenehmen Enttäuschungs Platz. Noch hatte er auf den Fleck, als der Buchhalter eintrat, um ihn zum Abendbrot zuzuführen.

„Wissen Sie, wenn wohltuend die Truppe logiert hat“, fragte Reichardt des Alten wahrzunehmen. „Nein“, antwortete er, „ich bin nicht hier.“ „Nun, wenn er ihm etwas zu sagen hätte, geschah es mit demselben mürrischen Blicke über Reichardts Kopf und dem vornehm nachlässigen Tone.“ „Eine so lebhaftes Vergnügen nur auch der Kupfer-Plat über die Weise empfand, in welcher sich Reichardt seine Tage verbrachte, so wenig war er mit dessen

Der junge Mann überlegte — es konnte ihm jetzt ziemlich gleichgültig sein, wohin er verschlagen wurde — er selbst hatte im Augenblick den wenigsten Einfluß auf seine Zukunft; also vorwärts, wo er am sichersten hoffen durfte, wieder eine befreundete Seele zu treffen.

„Hat man wohl nicht zu lange auf eine Gelegenheit nach St. Louis zu warten?“ fragte er.

„Es geht fast jede Stunde ein Boot“, antwortete der rasch fort, „so haben Sie um Mitternacht mit der „Brown“ Gelegenheit.“

„Vortrefflich, ich werde mein Teil auf die Ladung setzen!“ rief Reichardt, aus dem gefassten Entschlusse trübte Vorne schöpfend; „aber“ fragte er, dem Buchhalter zögernd, „können Sie mir wohl ein ungefähres Bild von Miss Meyer, der ersten Sängerin der Gesellschaft, geben?“

Der Befragte gab lächelnd Auskunft. „Sie hat die viel Glück gehabt und ist sehr bewundert worden!“

„Eine Stunde darauf betrat er den hell erleuchteten Dampfer.“

„Vortrefflich, ich werde mein Teil auf die Ladung setzen!“ rief Reichardt, aus dem gefassten Entschlusse trübte Vorne schöpfend; „aber“ fragte er, dem Buchhalter zögernd, „können Sie mir wohl ein ungefähres Bild von Miss Meyer, der ersten Sängerin der Gesellschaft, geben?“

„Kann nicht ändern, Kapitän“, erwiderte Reichardt ruhig, „ich habe in meinem Reisegeld zu kurz gerechnet und der Mensch muß sich auch einmal in unangenehme Verhältnisse fügen können.“

Die Entwürfe zu I (Einzahlung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt. Ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

### Der polnische Angriff.

Berlin, 31. Dez. Von einem Soldaten, der bis gestern nachmittag in Polen geweilt hat, werden dem „Berliner Volksanzeiger“ Einzelheiten über die Sturmzüge mitgeteilt. Als am Freitag nachmittag das vom Felde heimkehrende 8. Grenadierregiment ausgeladen wurde, drängten die polnische Arbeiter- und Soldatenrat auf sofortige Entlassung. Die Truppen weigerten sich. Sie zogen mit Munit zur Kaserne. Als sie später unter Beteiligung der deutschen Zivilbevölkerung einen Umzug veranstalteten, verühten sie zunächst gütlich die an mehreren Häusern gehängten amerikanischen Fahnen einzuziehen. Als dies nicht half, wurden sie beunruhigt. Nun begann polnische Seite die Schießerei. Junge Burichen, die teilweise noch im Knabenalter stehen, sind mit Gewehren und Handgranaten gerüstet. Sie führen auch Maschinengewehre mit sich. Da sie von ihren Waffen ausgiebigen Gebrauch machten, wurden alsbald unsere Maschinengewehre alarmiert, worauf die Polen Handgranaten warfen. Durch Trompetensignale riefen sie die Bevölkerung zusammen. Sie hatten bereits einige Abende Probealarm gemacht. Nun kamen aus allen Ecken und Enden Bewaffnete hervor und schossen auf die deutschen Soldaten, die sich nur mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Maschinengewehre die Angreifer vom Leibe halten konnten. Als die deutschen Soldaten danach zum Angriff übergingen und das Schloß zurückeroberten wollten, wurden sie aus dessen Fenstern mit Schüssen und Handgranaten empfangen. Es gelang ihnen aber, die Straßen zu säubern und leichliche Ruhe herzustellen. Am Sonnabend verühten die Polen die Kaserne der Sechster zu stürmen, vergeblich. Danach besetzten sie sämtliche Staatsgebäude und sperrten alle Straßen ab. Jeder deutsche Soldat wurde mit dem Rufe „Hände hoch!“ empfangen, beraubt und mißhandelt. Ebenso erging es allen deutschsprechenden Zivilisten, die sich auf der Straße blicken ließen, und den deutschen Kaufleuten, deren Läden in großer Zahl ausgeplündert wurden. Am Sonntag befand sich das Schloß in polnischen Händen. Die Deutschen sind in verzweifelter Stimmung. Hilfe tut dringend not.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Jetzt haben wir das Ergebnis einer Politik der deutschen Regierung, die vor der polnischen Gefahr die Augen verschloß und auf längere Zeit in der schönen Illusion eingeengert zu werden.

— Schlimme Ansichten für die Raucher. Die Berliner „Tabelleitung“ berichtet die Ansichten der deutschen Raucher sehr ungünstig. Die Bestände an Nargaren und Zigaretten gehen sehr bald zu Ende und die letzten Reste werden zu Phantasiapreisen emporschnecken. Fernerst geht aber auch die Pfeifenraucher vor größeren Schwierigkeiten, was mit der Beilegung der Polz und des Schah zusammenhängt. Von dort kam ein großer Teil der deutschen Tabake. Daß die Entente an die dortigen Bestände die Hand legen wird, ist nicht zu bezweifeln. Deshalb wird der Tabakzustuß, der mit der Einstellung der Meeresschiffen dem Publikum zu gute kam, sehr bald nachlassen und die Mengen, die in einigen

Werk da und dort ein weißes Fragezeichen anzubringen. Und trotzdem läßt sich nicht vermeiden, daß dann und wann noch eine Nachricht unterläuft, die vom Tode selbst als „erkunden“ widerrufen werden muß. Ein Schulbeispiel haben wir in den Berichten über die Wahlen in England. Untern 30. Dezember verbreitete das Bureau Reuter, die Koalition, das heißt in diesem Fall die aus allen Parteien sich zusammenschließende Vereinigung zur weitestgehenden Ausübung der Kriegsentcheidung habe mit der gewaltigen Mehrheit von etwa drei Vierteln über die Friedensfreunde, die sog. Pazifisten gesiegt. Das holländische Blatt „Telegraaf“ erzählt aus London unterm 31. Dezember bereits ein ganz anderes Ergebnis und das Londoner konservative Blatt „Morning Post“ veröffentlicht gar Wahlsätze, die, wenn sie durch den Telegraph reich in wiedergegeben wären, gerade eine Niederlage der Koalition ergäben. Nach der Zusammenstellung der Zahlen der „Morning Post“ waren nämlich für die Koalition 5142470, gegen dieselbe aber 5612838 Stimmen zu zählen. Das ist aber nicht wahrscheinlich. Da die „Morning Post“ zur Koalition gehört, ist nicht anzunehmen, daß sie selbst die Zahlen gefälscht hat, vielmehr hat der Lügenengel im Telegraphendraht die Verwandlung vorgenommen. Aber sei dem, wie ihm wolle: so viel scheint doch sicher, daß die erste Neuerwehlung für irgend welche Zwecke, sei es einer Partei-richtung, einzelner Personen oder zu Börsenoperationen stark entsetzt war, wie auch der nachstehende Bericht zu entprechenden Gegenständen zugehörig sein mag.

Amsterdam, 31. Dez. Nach einer vorliegenden Meldung aus London über den Ausgang der Wahlen haben die Koalitionsgegner viel mehr Stimmen gewonnen als man nach den ersten Meldungen erwartete. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Telegraaf“ entfallen auf die Koalition 5293976, auf die Koalitionsgegner 4690699 Stimmen, so daß die Koalition bei einem gerechteren Wahlsystem nur eine kleine Mehrheit erhalten haben würde. Nach der „Morning Post“ betrug die Zahl der Wahlberechtigten 21 611 211 Personen. Es beteiligten sich an der Wahl 10 755 268 Personen oder 49,3 Prozent der Stimmberechtigten. Für die Koalition-Unionisten wurden, demselben Blatte zufolge, 3 527 613, für die Koalition-Liberalen 1 460 683, für die Koalition-Arbeiter 154 174 Stimmen abgegeben. Von den Koalitionsgegnern erhielten die Unionisten 587 883, die Liberalen 1 330 378, die Nationalisten 330 010, die Arbeiterpartei und Sozialisten 2 457 648, die unabhängigen Kandidaten 408 791 und die Sinn-Reiner 497 522 Stimmen.

der französischen Kommandobehörde zurückgezogen worden. — Ein 27-jähriger Matrose fiel von einem Kahn in den Rhein und ertrank.

— Vom Schwarzwald, 24. Jan. In den letzten Tagen ist im Schwarzwald Neuschnee bis auf 700 Meter herab gefallen. In den obersten Lagen des nördlichen Gebirgssteiles liegt jetzt eine erhebliche Schneedecke, die am Feldberg und Beldchen 40 cm. tief ist. Der Schnee ist trocken.

### Die neue badische Verfassung.

(Schluß.)

Der dritte Abschnitt behandelt das Volkssouveränitätsrecht und die Volksabstimmung, die beide an das Verlangen von 50 000 Stimmberechtigten Staatsanträge

In der „Berliner Volkszeitung“ liest man: Die Russen kommen, Kadel ist schon da. Aber das bolschewistische Rußland begnügt sich nicht mit Kadel. Alle wollen sie kommen. Was sie wollen, hat Kadet verflücht.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß für bolschewistische Propaganda in Deutschland noch Depois in Höhe von insgemein 12 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stehen, die sich zum überwiegenden Teil aus Mitteln der großrussischen Regierung zusammensetzen. Diese Beiträge sollen in erster Linie zur Einleitung einer kräftigen bolschewistischen Propaganda unter den deutschen Industrie- und Transportarbeitern dienen. Besonders Interesse wenden die großrussischen Traktierer in letzter Zeit dem ober-schlesischen Industriegebiet zu. Durch Stilllegung der Kohlenförderung und Lahmlegung der Lebensmitteltransporte erhoffen sie den Ausbruch des Bürgerkriegs in den deutschen Städten erzwingen zu können. In den letzten Tagen begaben sich von Moskau aus 9 bolschewistische Agitatoren nach Polen, um hier mit bedeutenden Geldmitteln den Sturz der gegenwärtigen Machthaber in Polen zu betreiben. Einige von diesen Agitatoren konnten in Warschau verhaftet werden. 3 haben sich nach Oberschlesien begeben. Die bolschewistische Bewegung in Polen ist stark im Wachsen begriffen. In den letzten Tagen haben zwischen den Leitern ober-schlesischer Bergwerke in Berlin eingehende Besprechungen über die gegen die wachsende Schreckensherrschaft im Industriebezirk zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden. Allgemein wurde betont, daß die Lage äußerst ernst sei und einer folgenreichen Krise zutreib. Ein ausreichender militärischer Schutz ist um so notwendiger, als regelrechte spartakistische Verschwörungen gegen einzelne Betriebsanlagen und Anlagen der gräflich Ballestrem'schen Verwaltung durch wahnwitzige spartakistischer Verschwörer gefährdet.

Berlin, 30. Dez. Staatssekretär Wurm hat sich mit den drei aus der Reichsregierung angehenden Unabhängigen solidarisch erklärt und sein Amt zur Verfügung gestellt. Wurm hat sich bereit erklärt, die Geschäfte des Reichsernährungsamtes bis zur Ernennung eines Nachfolgers weiter zu führen.

Die Nationalversammlung. Berlin, 31. Dez. Wie die „Post. Ztg.“ hört, dürfte die Nationalversammlung schon am 5. Februar zusammenzutreten. Voraussetzlich wird Berlin nicht Sitz der Nationalversammlung.

Schwierigkeiten bietet freilich das Einkammersystem, da der Landtag, der das Recht der Anlage hat, auch in Verbindung mit neuen Richtern, als Staatsgerichtshof das Richteramt über die Anlage ausüben soll, das bisher von der Ersten Kammer auszuüben war. Im Falle der Verurteilung soll auf die Entlassung des Angeklagten aus dem Staatsdienst, soweit solche nicht vorher erfolgte, erkannt und festgestellt werden, ob dem Minister eine Verlegung der Verfassung oder anerkannt verfassungsmäßiger Rechte oder schwere Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates zur Last fällt; diese Feststellung soll für die Straf- und Zivilgerichte bindend sein. Der siebte Abschnitt betrifft Uebergangsbestimmungen.

Bahnamtliches. Von morgen Dienstag den 29. Januar fährt der Zug 960 statt 6.56, 6.46 in Widdbad ab.

## Bund deutscher Männer und Frauen

### zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Lebens Wilhelms II.

In früheren Jahren wurde vielen Deutschen warm ums Herz, wenn sie am 27. Januar ihres Kaisers gedachten. Da regten sich Liebe, Dankbarkeit, Begeisterung.

**Sollte es heute anders sein, weil unser Kaiser im Unglück ist?**  
Haben viele so rasch umdenken gelernt? Hoffentlich in noch Treu im deutschen Volk zu finden, nicht nur Kritik, die sich weit mehr anderem zuwenden müßte.

Wer das in unsern Aufrufen bezeichnete Ziel gutheißt, lasse sich durch den heutigen Erinnerungstag bestimmen, dem Bunde beizutreten. Ob Monarchist oder nicht, wir müssen uns durch echte Menschlichkeit, durch unser Deutschtum und die Empörung über die schamlosen Forderungen unserer Feinde leiten lassen,

### Dr. Keppler, Sägewerkbesitzer Calmbach.

Der einmalige Mitgliedsbeitrag wird auf 1 Mark festgesetzt. (Ungünstige Lage befreit von jeder Zahlung.)

## Ausgabe von Notgeldscheinen durch die Stadt Pforzheim.

Der Einlösungstermin für die ausgegebenen ködt. Notgeldscheine zu 5 Mark (blau und rote) wird bis 1. April 1919 verlängert.

Pforzheim, den 23. Januar 1919.

Der Stadtrat:  
Gabermehl. Gilsarb.

4-5000 Mk. gegen gute Sicherheit auszuliefern.  
Angebote unter N. 26 an Exped. des Blattes.

Eine gut erhaltenes Schneer mit Ziegeldach hat zu verkaufen.  
Eisele Schreiner.  
Billigst zu verkaufen, ein Petroleum Ofen sowie ein Fäßchen mit 50 Liter Inhalt.  
Von wem sagt die Exped. [219]

Eine neue unbenützte Küche-Einrichtung hat zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Exped. [218]

Evang. Kirchenchor  
Heute abend 7/8 Uhr  
Singstunde  
(Damen und Herren)

## Kaisernatron

feinstes verbessertes Doppelsalzsaures Natron, zum vielseitigen praktischen Gebrauch für das Militär, beste Hilfe beim Baden, Kochen und Einmachen ist zu haben bei

Carl Wiltb. Gott.

**Geschäftsstelle d. Kommunalverbandes Neuenbürg**  
Betreff Sonderzulagen für Holzabfuhrpferde.  
Mit Ermächtigung der Reichsfuttermittelstelle werden solchen Pferden, die zur Holzabfuhr aus den Wäldern Verwendung finden, Sonderzulagen gewährt. Die Zulagen sind an die Holzabfuhr-Unternehmer nach der Zahl der von ihnen zu leistende Gespanntage zu verteilen. Der Höchstbetrag der Zulagen für Pferd und Gespanntage ist 1 1/2 Pfund.  
Ueber die Zahl der Gespanntage sind von den Holzabfuhr-Unternehmern Bescheinigungen der Forstämter oder Gemeindeverwaltungen beizubringen und zwar getrennt für jeden Monat. Die Bescheinigungen müssen die Zahl der beschäftigten Pferde und die Gespanntage enthalten und ferner Angaben darüber, von wo, wohin und für welche Zwecke das Holz abgefahren wird. Der Tag der Ausstellung ist anzugeben und die Bescheinigung von dem ausstellenden Beamten unter Verfertigung der Dienststellung zu befehlen.  
Die Holzabfuhr-Unternehmer haben die Bescheinigungen getrennt für jeden Monat, erstmals für Januar 1919 dem Ortsvorsteher ihrer Gemeinde zu übergeben.  
Den 22. Januar 1919. Oberamtsfleger Rübler.  
Bekannt gemacht.  
Widdbad, den 23. Januar 1919.  
Stadtschultheißenamt Wagner.

Widdbad.  
**Brennholz-Verkauf.**  
Im Wege der Verloosung kommen aus **Walddistrikt 1 Meistern** Abteilungen 5 I Kapellberg, 8 Riehnalde, 9 I Jägerwalde, 10 I Ziegelsteig, 505 Nm. tannene Brüge II. Klasse 139 Nm. tannene Reisbrüge gegen Barzahlung zur Abgabe.  
Anmeldungen hierzu wollen in der Zeit vom Montag den 27. Januar bis Mittwoch den 29. Januar 1919 beim Lebensmittellamt gemacht werden.  
Widdbad, den 25. Januar 1919. **Stadtpflege.**

Widdbad.  
Die **Verkaufsläden** zwischen der Trinkhalle und den Kuranlagen sind auf kommende Kurzeit wieder zu **vermieten.**  
Näheres durch die **Stadtverwaltung.**  
Druck- und Verlag der W. Hofmann'schen Buchdruckerei in Widdbad. Verantwortlich: G. Reinhardt befehlt



Schließlich des Bezirkskommandos, Lazarett, des Proviantamts und der Garnisonverwaltung. Anstelle der stehenden Deeres tritt nach der vollständigen Demobilisation die freie Volkwehr. Die Anordnungen des 10. Armeekorps sind für Braunschweig nicht maßgebend.

### Selbstzerfleischung.

**Berlin, 31. Dez.** Aus Allenstein (Ostpreußen) wird dem „Beil. Kolonial“ berichtet: Am 30. Dez. morgens, sollte das in Allenstein garnisonierende Artillerieregiment n. mit einer Deput. von des Arbeiter- und Soldatenrats hinter der roten Fahne einziehen. Die Truppen weigerten sich, zerrissen die rote Fahne und verbrannten sie. Der K. und S.-Rat ließ darauf Truppen aufmarschieren und nach nochmaliger Aufforderung hinter der roten Fahne einziehen, Feuer auf das Artillerieregiment aus Gewehren und Maschinengewehren eröffnen. Zwei Offiziere wurden getötet und eine Anzahl Offiziere und Mannschaften verwundet.

### Die Arbeitslosen.

**Hamburg, 30. Dez.** Mehrere tausend Arbeitslose versammelten sich nachmittags auf dem Heiligen Geistfeld, um den Bericht ihres dem Arbeiter- und Soldatenrat beigegebenen Siebenerausschusses entgegenzunehmen. Es wurde bekannt gegeben, daß ein Arbeitslosenrat gebildet und zugelassen worden sei. Die Unterstützung wird um eine Mark täglich für Männer und Frauen erhöht. Es findet täglich eine doppelte Essensausgabe in den Kriegsläden für Arbeitslose und ihre Familienangehörigen statt. Auch im Arbeitsamt werden die Arbeitslosen in Zukunft vertreten sein. Man beschloß, einen Demonstrationsszug zu veranstalten, und die Massen zogen über den Jungfernstieg nach dem Rathausmarkt. Eine große Anzahl, die es auf Plaudereien abgesehen hatte, drang in den Kaiserpavillon ein und dann in Lüssmanns Keller. Dort wurden erhebliche Mengen Lebensmittel geraubt und bedeutende Verwüstungen an Geschirrt und Wirtschaftsgesert verursacht. Gegen Abend zogen die Arbeitlosen mit einer Musikkapelle durch die Straßen der Stadt.

### Angedachte Gegenrevolution in Bayern.

**München, 31. Dez.** In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des provisorischen Nationalrats, in der über die von den Unabhängigen eingebrachte Interpellation betreffend Bürgerwehr und gegenrevolutionäre Maßnahmen weiter verhandelt wurde, rechtfertigte Justizminister Timm in längeren Ausführungen, weshalb er den Aufzug zur Gründung einer Bürgerwehr unterschrieben habe. — Darauf gab Ministerpräsident Eisner eine Erklärung im Namen der Gesamtregierung ab, daß der Ministerialrat die Schaffung einer Bürgerwehr ablehne. Er bedauere, daß einzelne Mitglieder der Regierung unter irrigen Voraussetzungen den Aufzug unterschrieben haben. Das Ministerium sei einig in dem Entschluß, gegen jede Gefährdung der revolutionären Erziehung mit allen Mitteln einzuschreiten. Auf Anordnung des Ministers für militärische Angelegenheiten wurden Waffen nicht mehr abgegeben und bereits ausgegebene zurückgefordert. Eisner fuhr fort, daß in Bayern im geheimen mit kapitalistischen Mitteln gegenrevolutionäre Zettelungen organisiert worden seien. Es seien zum Teil dieselben hervorragenden Männer, die sich an der alldeutschen Kriegspaganda beteiligt hätten. Er warte die Mitglieder des Hauses Wittelsbach, sich mit den gegenrevolutionären Elementen einzulassen, als deren Führer auf dem flachen Lande er den Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, bezeichnete. Es werde sofort eine Verordnung wegen Einlegung eines nationalsozialistischen Verfassungsvertrages in Kraft treten, aus 12 Mitgliedern des provisorischen Nationalrats zusammengekehrt sei. Die Anhörungen im Ministerium seien zwar verschiedenes, aber trotzdem sei das Ministerium homogen (einheitlich). Es gebe keinen anderen Weg, als von der politischen Freiheit zur sozialen Bildung zu schreiten. Finanzminister Jaffe gab eine Erklärung ab, die sich auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Geßler von Nürnberg bezog, der auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei sich gelohnt hatte man wisse nicht, ob der Staat im nächsten Jahre an Steuern erheben könne. Wir werden Steuern erheben müssen und diese erheben müssen und zwar hohe Steuern. Bezüglich der Gehaltszahlung an Beamte bemerkte der Minister, es sei selbstverständlich, daß der bayerische Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Beamten nachkommen werde. Unrichtig sei das Gerücht, daß 120 Millionen in Gold über Lindau in die Schweiz gebracht worden seien. Wenn ausländische Wertpapiere über die Grenze gebracht worden seien, dann seien wir um keinen Pfennig ärmer, weil sie einfach entwertet würden.

### München eine geschlossene Stadt.

**München, 31. Dez.** Der Stadtmagistrat hat den Bezug nach München ohne vorherige Genehmigung bis auf weiteres verboten. Wer ohne Erlaubnis zuzieht, erhält keine Lebensmittelkarten und wird weggeführt.

### Zur Trennung von Staat und Kirche.

**op. Arcuznach, 30. Dez.** Die katholischen und evangelischen Pastoren des Dekanats bzw. der Synode Arcuznach haben an ihre Gemeindevorstände einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der die Bereitschaft ausdrückt, innerhalb der neuen Staatsform mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Die „Alln. Volkszeit.“ begrüßt diesen Aufruf als Sammelruf der christlichen Kirche zu geistlichen Anstrengungen. Die Arcuznacher Gemeinde hat sich für den Aufruf nach der „Alln.“ zum Ausdruck gebracht und die ihr anvertrauten Gemeinden gebietet, in dem sie ebenfalls ihre Pastoren aufordert, mit den Arcuznacher Pastoren, für ihre Stellung im Staat, Schule und öffentlichen Leben einzustehen und sich nur jenen politischen Parteien anzuschließen, welche die da aus erhellenden Forderungen für beide Religionen entgegenwärtigen wollen.

## Neues vom Tage.

**Dresden, 31. Dez.** Die „Tägl. Rundschau“ erwähnt, daß auf dringendes Ersuchen der Oberbürgermeister von Bautzen und Bittau sich die sächsische Regierung entschlossen habe, Truppen in die Lausitz zu entsenden, zur Schutze gegen einen Tschecheneinfall.

### Deutschland und Amerika.

**Berlin, 31. Dez.** Mit der Kommission des amerikanischen Lebensmittelkontrollleuts Hoover wird eine andere Kommission aus Amerika die Lebensmittelvorräte Deutschlands und die Frage der Verteilung der amerikanischen Sendung prüfen, zugleich soll die deutsche Industrie, wo nötig, durch amerikanischen Kredit gestützt werden, in der Weise, daß die deutsche Wirtschaft in kreditfähige Kartellen zusammengeschlossen werde.

### Eisenbahnunfall.

**Amsterdam, 31. Dez.** „Algemeen Handelsblad“ meldet: Einige deutsche Lokomotiven, die die belgische Eisenbahnverwaltung zurückgewiesen hatte, sind, von deutschem Personal geführt, bei Romur auf einen Militärzug gelangt. Drei deutsche Maschinen wurden verhaftet.

### Länder- und Völkerfächer.

**Amsterdam, 30. Dez.** „Algemeen Handelsblad“ wendet sich in einem Artikel scharf gegen den in einigen belgischen Blättern vertretenen Gedanken, Belgien als Ausgleich für französische Landbesetzung den größten Teil von Hollandisch-Friesland und Seeländisch-Friesland zu geben, und gegen die französische Absicht, Holland dafür mit Etüden von Hannover und Westfalen zu entschädigen. Das Blatt schreibt: Der Gedanke des Ausgleichs ist ein Ueberbleibsel aus der alten Zeit, ehe Wilson die Lösung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgegeben hatte. Wir wollen kein Gebiet abgeben, nicht weil wir es einmal haben, sondern weil es von Holländern bewohnt wird. Und noch viel wichtiger ist es, daß Holländer gegen Deutsche verachtet werden wie Sklaven, die man austauscht. Wir hoffen und erwarten, daß Präsident Wilson unerwidert sich auf dem Selbstbestimmungsrecht bestehen bleiben wird.

### Wilsonische Medensarten.

**Manchester, 31. Dez.** (Reuter.) Wilson wurde das Bürgerrecht der Stadt Manchester verlichen. Er antwortete auf eine Rede des Bürgermeisters, America interessiere sich nicht für europäische Politik, (1) wer aber habe es Interesse an der auf das Recht gerichteten Gemeinschaft, die zwischen Amerika und Europa bestehe. Europa sei nicht nur am europäischen, sondern auch am Weltfrieden interessiert. Deshalb sei bei der bevorstehenden Regelung eine wahre Uebereinstimmung des Geistes und der Ziele notwendig. Wir müssen, sagte der Präsident für einen Mechanismus der Wiederherstellung sorgen, um einen Mechanismus des guten Willens und der Freundschaft zur Verfügung zu haben. Man kann nicht mit den Händen, die einen nicht trennen und, launenhaftige und unbillige Beziehungen aufklopfen.

**London, 31. Dez.** (Reuter.) Nach einer Gesamtsitzung des Kriegskabinetts hatte Lloyd George eine Audienz beim König.

Die Blätter melden, daß J. G. Thomas zum Führer der Arbeiterpartei gewählt werden wird.

**Ueber die Reiseerlaubnischeine** wird im Amtsblatt der Württ. Verkehrsämter die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die mit der Ausschließung der Erlaubnischeine beauftragten Beamten die Bestimmungen gewissenhaft beachten, und daß insbesondere persönliche Rücksichten irgend welcher Art keine Rolle spielen. Von den Inhabern von Freikarten wird erwartet, daß sie diese nur in wirklich dringenden Fällen benötigen.

**Vom Sparen.** Bei der Württ. Sparkasse (Landessparkasse) haben sich im Jahre 1917 die Einlagen um 33 899 033,89 M. auf 270 410 114,81 M. erhöht. Der Vermögensüberschuß am 31. Dezember 1917 betrug 12 533 862,18 M. und ist größer geworden um 342 870,92 M.

Kein Frauenstudium an der Universität Heidelberg mehr. Wie die Hochschulkorrespondenz erzählt, werden an der Universität Heidelberg bis auf weiteres Frauen zum Studium nicht mehr angenommen. Nach der Statistik zählt die Heidelberger Universität rund 500 studierende Frauen, während die Universität Freiburg deren nur 100 aufweist. Diese geringe Zahl ist wohl auf die Fliegergefahr zurückzuführen, der diese Stadt während des Krieges fortwährend ausgesetzt war.

### Nurzer Wochenbericht

der Preisbericht Nr. 16 des Deutschen Landwirtschaftsrats von. Dezember 1918.

Glossare d'Italia Agricola vom 1. Dezember bringt folgende Uebersicht über die Viehpreise in Toscana in den Jahren 1914 und 1918:

	Durchschnittlicher Bestand eines Landguts	Gesamtpreis in Lire	
		1914	1918
Jugochsen	4	3200	28 000
Zuchtschweine	4	2000	12 000
Kühe	5	4200	30 000
Schafe	100	2000	18 000
Zwanziger	15	1250	4 500
Pferde	1	800	4 000
Fohlen	2	1000	4 500
Ferkel	2	250	1 000
		14 500	102 000

Der „Chicago Tribune“, Paris vom 6. Dezember wird aus Washington unter dem 4. Dezember gemeldet: Das Ernährungsamt gibt bekannt, daß der Preis für Weizen der Ernte 1919, ohne Rücksicht auf den Frieden bis zum 1. Juli 1920 in Chicago 2,25 Dollar für den Bushel = 348,70 M. für die Tonne betragen soll.

## Noch günstigste Einkaufsmöglichkeiten

- Haarbürsten, prima Borsten, M. 12.50 bis M. 1.75,
- Reiderbürsten, vorzügl. Ware, M. 14 bis M. 2.50,
- Zahnbürsten, M. 2.55 bis M. 0.80,
- Frisierkämme, M. 12— bis M. 3.—,
- Moderne Aufsteckkämme, M. 12 bis M. 2.20,
- Handwaschbürsten, M. 5 bis M. 2,
- Schwämme, M. 30 bis M. 0.80,
- Haarwässer, M. 8.50 bis M. 4.50,
- Haarpflege-Garnituren, M. 95— bis M. 4.50 auch einzelne Instrumente,
- K.V.-Seife und Pulver, M. 0.40, 100 gr. und 250 gr. 30 Pfg.
- Haarwaschpulver, noch gut schäumend 25 Pfg.,
- Brandlampen, gut vermindert, M. 5.50 bis M. 2,
- Welleneisen, M. 3.50 bis 2.— Pfg.,
- Haarwasser, M. 5 bis M. 3.50,
- Puder, jede Farbe, M. 6.50 bis M. 0.80,
- Haarentfaltungspuder, M. 2.50 bis M. 1.50,
- Parfüme, M. 14 bis M. 1.50,
- Haaröl, M. 2 bis M. 1.80,
- Mittel zur Haarpflege, M. 0.40 bis M. 9,
- Ehr. Schmid u. Sohn, Parfümerie, Friseur, Sport- u. Photogeschäft, nur König-Karlstr. 68.

## Photo-Zentrale

Drogerie und Sanitätsbedarf  
**Hans Grundner's Nachf.**  
H. m. Brömann  
Erstes Spezialgeschäft für  
**Amateur-Photographie**  
Photographier  
Adolf, II. u. S. 86  
Telefon 76  
Erlaubnisse  
**Apparate**  
zu Originalpreisen.  
**Kodaks**  
Enwickeln und Copieren

von Film und Platten wird prompt, sauber und billigt beschlagnahmt.  
Kein Frauenstudium an der Universität Heidelberg mehr. Wie die Hochschulkorrespondenz erzählt, werden an der Universität Heidelberg bis auf weiteres Frauen zum Studium nicht mehr angenommen. Nach der Statistik zählt die Heidelberger Universität rund 500 studierende Frauen, während die Universität Freiburg deren nur 100 aufweist. Diese geringe Zahl ist wohl auf die Fliegergefahr zurückzuführen, der diese Stadt während des Krieges fortwährend ausgesetzt war.

### Lokales.

**Angestelltenversicherung.** Eine Versammlung zu Berlin hat sich für die Zusammenlegung der Angestellten- und Arbeiterversicherung ausgesprochen. Im Gegensatz hierzu fordert die Betriebsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, zu der sich der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Amerikanische Verein von 1858 in Hamburg vereinigt haben, Antretterhaltung und Ausbau der für die Angestellten bestehenden Einrichtungen und Gesetze auf dem Gebiete der Versicherung.

(-) Mannheim, 28. Dez. Die angekündigten französischen Truppen zur Besetzung des Sammelagers sind nicht eingetroffen. Eine Kommission französischer Ärzte, die auf dem hiesigen Rathhaus erschienen war, hatte Erklärung abgegeben, daß Mannheim für die Errichtung eines Sammelagers für alliierte Gefangene nicht in Frage komme. — Das Sammelager für noch in Deutschland befindliche Gefangene der feindlichen Herrschaft wird nun in dem bisherigen Ukrainerlager bei Kaiserlautern errichtet werden.

(-) Mannheim, 28. Dez. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ wurde heute vormittag von einer Anzahl Anhänger der Sozialdemokratie besetzt. Die Absichten der Sozialdemokraten, die Sener und das Personal des Blattes für ihre Sache zu gewinnen, hatten keinen Erfolg, sobald sie nach einigen Stunden wieder abzogen.

(-) Mannheim, 28. Dez. Am ersten Weihnachtstfesttage wollte ein 18jähriger Junge in der elterlichen Wohnung einen Revolver entladen. Hierbei drang eine Kugel seinem 9½-jährigen Bruder in den Hals. Bis ärztliche Hilfe eintraf, war der Junge bereits seiner Verletzung erlegen.

**Ev. Junglingsverein.** Donnerstag, 2. Januar ab 10½ Uhr Vereinsstunde und Sport.  
Sonntag, 5. Januar nachm. 4 Uhr Vereinsstunde.

**Die Verfolgung wegen Ehrenrecht** kann, wie der Garnisonrat Stuttgart mitteilt, auf Grund des Ehrenrechts nur unter bestimmten Bedingungen verwirklicht werden. Dazu gehört vor allem die Forderung, daß die Verurteilung durch ein ordentliches Gericht erfolgt sein muß. Die Verurteilung ihrer Person ist ferner ihrem Truppenteil oder Bezirkskommando zu melden.

**Die württ. Ludendorffspende** für Kriegsbeschädigte hat etwa 3 700 000 M. betragen. Dazu

kommen noch erhebliche Summen aus den Gaben der Zentralitäten und aus der Heereskassa, usw. Ein erhebliches Ergebnis. Trotzdem wird der Landesausbau sich die strengste Pflicht auferlegen müssen, von Anfang an ein wahrer Haushalter zu sein! tragen 162 Milliarden Franken. Wenn man hierzu die übrigen Kriegsausgaben und den Schadenersatz usw. hinzurechnet, so ergebe sich für Frankreich eine Gesamtsumme von 250 Milliarden, was einen jährlichen Zins von 12 1/2 Milliarden ausmache. England schäke seine Forderungen auf 200 Milliarden, Belgien auf 20 Milliarden. Die Alliierten hätten also das Recht, von Deutschland 470 Milliarden zu fordern. Sterin wünscht die Schaffung eines interalliierten Finanzbunds, der die auszubringenden Zinsen zu verteilen habe. Der Gesamtbetrag der Zinsen beläuft sich nach Stern auf 28 1/2 Milliarden, die entsprechend der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Nationen zu verteilen sein würden.

### Baden.

(-) Karlsruhe, 31. Dez. Der Siebener-Ausschuss der badischen Beamten- und Lehrerschaft hatte am 21. Dez. die erste Besprechung in Gegenwart des Finanzministers, wobei verschiedene Wünsche zur Erörterung standen. So vor allem die ungeteilte Arbeitszeit und die Wiedernahme entlassener Beamten in den Staatsdienst, wiewohl letztere zugestimmt wurde. Ferner wurde beantragt, den freien Nachmittag in der Woche wieder einzuführen und an die Beamtenbeamten einen weiteren Urlaub von 14 Tagen ohne Anrechnung auf den regelmäßigen Urlaub von Ende April ab festzusetzen. Um die Zurückführung der über 65 Jahre alten Beamten zu ermöglichen, wurde verlangt, daß die Kriegszulagen und Feuerungsbeihilfen mit dem gleichen Prozentfuß wie der Gehalt und das Wohnungsgeld der Berechnung des Ruhegehalts zugrunde gelegt werde. Der Ausschuss soll um zwei Mitglieder aus dem Beamtenverein und dem Eisenbahnerverband vermehrt werden. Die schwebenden Fragen werden weiter behandelt werden.

(-) Karlsruhe, 31. Dez. In den hiesigen Kanzleien der öffentlichen Behörden geht das Gerücht um, Oberbürgermeister und Minister Dietrich habe in der Versammlung der demokratischen Partei im Konzerthaus die Unzuverlässigkeit und Ehrlichkeit eines Teiles der Beamtenschaft in Zweifel gezogen. Die Leiter des Ausschusses der demokratischen Beamten, Angestellten und Arbeiter haben daraufhin persönlich mit Minister Dietrich an Hand des Manuskripts der Rede festgestellt, daß Dietrich ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß der Beamtensstand sich vor und während der Revolution durch Pflichttreue und Unantastbarkeit ausgezeichnet habe, daß aber allerdings, insbesondere bei den Kriegseinsparungen, Elemente beamtlich ge-

wirkt haben, durch welche die Integrität des Beamtensstandes nachteilig beeinträchtigt worden sei. Diese Verhältnisse müßten wieder ausgemerzt werden.

(-) Mannheim, 31. Dez. Zwei Ordner des Sicherheitsdienstes verhafteten zwei Burischen in der Nähe des neuen Rangierbahnhofes, die drei Postpakete trugen, die sie offenbar aus einem Eisenbahnwagen gestohlen hatten. Auf dem Transporte nach Neckarau entzogen die Gehehen und wurden dann auf ihrer Flucht von den Ordnern verfolgt. Dabei feuerten sie Schüsse auf ihre Verfolger und verletzten den Platzmeister Josef Hoffert schwer an der Stirn.

(-) Weidenhausen, 31. Dez. (Weihnachtsfeier.) Herzog Wilhelm zu Württemberg und seine Gemahlin hat die Einwohnerschaft von Weidenhausen zu einer Weihnachtsfeier am heiligen Abend im Schloss eingeladen. Im Winterrektorium war ein großer Christbaum mit reich besetzten Gabentischen aufgestellt. Nach Vorträgen von Liedern und Gedichten erhielten die Kinder und Eltern Geschenke. Jedes Kind hatte zuvor seine Wünsche äußern dürfen. Das Herzogspaar unterhielt sich dann noch leutselig mit seinen Gästen.

### Württemberg.

(-) Stuttgart, 31. Dez. (Mundgebungen gegen die Presse.) Nach der Versammlung, die gestern nachmittag im Hofe des Residenzschlosses von den Württembergern veranstaltet worden war, zogen ein Teil der Teilnehmer vor die „Schwäbische Tagwacht“, andere vor die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Württembergische Zeitung“. Der Redakteur der „Tagwacht“, Gemeindevorstand Fischer, erklärte, es liege der „Tagwacht“ ferne, Arbeiter zu beleidigen. Die „Südd. Zeitung“ mußte die Erklärung veröffentlichen: „Bei Besprechung sozialistischer Verhältnisse wahrheitsgemäße Darstellung, den durch die Revolution gegebenen Verhältnissen hat sich die „Südd. Ztg.“ anzupassen, insbesondere hat bei solchen Angriffen jede Gefährlichkeit zu unterbleiben.“

(-) Stuttgart, 31. Dez. (Aus dem Parteileben.) Die Deutsche demokratische Partei veröffentlichte die Parteiliste für die am 12. Januar stattfindende Wahl zur württembergischen Landesversammlung. Die Kandidaten sind teils der früheren Volkspartei, teils der in die neue Demokratische Partei übergetretenen national-liberalen Partei entnommen. An der Spitze der Liste ist der frühere Staatssekretär Abg. Konrad Hausman. Dann folgen in langer Reihe die Namen der übrigen Kandidaten, von denen wir folgende anführen: Ernährungsminister Baumann, Finanzminister Liesching, Kommerzienrat Peter Bruckmann-Heilbronn, Regierungsdirektor v. Hieber, Schriftstellerin Mathilde Pfand, Gutbesitzer Herrmann-Blaufelden, Kommerzienrat P. B.

Land-Unt., Bezirksnotar Scheff/Tübingen, Fabrikarbeiter Stadt-Neuhausen a. E., Flaschnermeister Henne, Zil. Reinath-Eßlingen, Stadtpfarrer Geinwein-Stuttgart-Gaisburg, Oberbürgermeister Red-Wöppingen, Bauwerkmeister Gaiser-Baiersbrunn, Fabrikant Groß-Neutlingen, Oberbürgermeister v. Mühlberger-Eßlingen, Fabrikpflegerin Thella Kauffmann-Stuttgart, Parteisekretär Johannes Fischer-Stuttgart, Parteisekretär Hopf-Stuttgart, Verwaltungsaktuar Staudenmeyer-Gailau.

(-) Stuttgart, 31. Dez. (Garnisonsänderung.) Wie wir hören, wird das 8. württ. Infanterie-Regiment 126, das in seinem Friedensstandort Straßburg i. Elsaß nicht hat zurückkehren können, nach erfolgter Demobilisierung, die zurzeit in Juffenhausen stattfindet, am 15. Januar vorläufig nach Kirchheim u. Teck verlegt werden.

(-) Stuttgart, 31. Dez. (Schuhpol.) Die militärische Polizei für Ueberwachung von Heeresgut, kurz Schuhpol genannt, hat bei einem vielfach vorbestraften Schieferdecker namens August Jäger größere Mengen von Gegenständen vorgefunden, die offenbar aus Diebstählen von Heeresgut herrühren. Die Schuhpol konnte rechtzeitig einen Einbruch großen Stills gegen das Proviantamtsmagazin auf dem Güterbahnhof in Ludwigsburg verhindern. — Rudolf Mann der Train-Ersatz-Abteilung wurden im Besitz neuer militärischer Kleidungsstücke usw. betroffen. Die Untersuchung ergab, daß aus den Lagerräumen der Sichtungskommission des Olga-Dragoon-Regiments erhebliche Mengen gestohlen waren und daß damit ein schwinghafter Handel betrieben wurde.

(-) Weidenhausen, 31. Dez. (Weihnachtsfeier.) Herzog Wilhelm zu Württemberg und seine Gemahlin hat die Einwohnerschaft von Weidenhausen zu einer Weihnachtsfeier am heiligen Abend im Schloss eingeladen. Im Winterrektorium war ein großer Christbaum mit reich besetzten Gabentischen aufgestellt. Nach Vorträgen von Liedern und Gedichten erhielten die Kinder und Eltern Geschenke. Jedes Kind hatte zuvor seine Wünsche äußern dürfen. Das Herzogspaar unterhielt sich dann noch leutselig mit seinen Gästen.

(-) Eberdingen N. N. Waiblingen a. E., 31. Dez. (Schöne Spende.) Landwirt Jakob Seemann, Joh. Sohn, hier, hat auf Weihnachten jedem der rund 100 Kriegsteilnehmern aus Eberdingen ein Geldgeschenk von 10 M. gemacht.

(-) Ulm, 31. Dez. (Zahl der Wähler.) An württembergischen Wählern sind hier rund 30 000, an wahlberechtigten Soldaten 18 000 vorhanden.

Druck und Verleger H. Dotmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: G. Weinhardt daselbst

### Milch-Regelung.

Die Milchabgabe wird neu geregelt. Zu diesem Zweck werden die Abnehmer ersucht am Freitag den 3. Januar auf dem Lebensmittelamt zu erscheinen.

Die Versorgungsberechtigten erhalten am Samstag den 4. Januar die neuen Bezugskarten; die alten sind vom 5. ab ungültig, und müssen auf dem Lebensmittelamt abgegeben werden.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Statt Karten.

Martha Schmid  
Paul Leinss

Verlobte  
Neujahr 1919.

Wildbad

Obertürkheim

## Bürger und Bürgerinnen

treten der  
württ. Bürgerpartei bei,

welche sich einsetzt für deutsches Volkstum, für Recht, Freiheit, Sitte und Ordnung, welche gegenüber dem Großkapitalismus einerseits und dem Kommunismus andererseits für Aufrechterhaltung eines kräftigen Kaufmann- und Gewerbes Mittelstandes eintritt, welche ein lebenskräftiges Christentum erhalten und gegen zersetzende Einflüsse verteidigen will.

### Württembergische-Sparkasse.

Die Einleger werden ersucht, Ihre Einlegescheine gegen Quittung abzuholen, da sowohl Bank als Agentur eine Garantie für die Aufbewahrung derselben nicht übernimmt.

### Closset-Papier

empfehlen

Robert Dreißer

### Zwiebel, Meerrettich und gelbe Rüben

empfehlen

Plankuch u Co.

### Ein Haus

welches schon in besserem Dache gebietet hat, sucht für sofortige Stellung. Alter 19 Jahren Näheres in der Exped. d. Bl.

Eine

### Wohnung

von 3 Zimmer und Zubehör wird auf 1. April zu mieten gesucht.

Red. Maler.

# Württembergische Bürgerpartei

## Frauenversammlung in Wildbad

Freitag, 3. Januar 1919 abends halb 8 Uhr in der Turnhalle.

Rednerin: Frau Lukas aus Stuttgart.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen!

Württembergische Bürgerpartei Wildbad.

Der Ausschuss: Fr. Maier, Stadtkassier a. D.; Fräulein Baegner, Chr. Baegner, Schumacherin., R. Blumenthal, Fotograf, E. Eisele, R. Eisele, Baddener, Chr. Eitel, Oberholzhauser, F. Finckh, Forstmeister, Fuß z. Jägerstübli, J. Mann, Kaufmann, Kiefer z. Deutschen Hof, R. Lipps, Gipsmeister, Wilh. Luz, Schuhmachermeister, Kaulder, Forstwart, Fräulein Niegel, Köstler, Diplomingenieur, Frau Direktor Schnitzer, Dr. Schwab, Schwerdtle, Schlossermeister, Frau von Wittgenstein.

Anmeldungen zur württ. Bürgerpartei bei Herrn Eisele zum lählichen Brunnen, Herrn Fuß zum Jägerstübli.